LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/10319
17. 10. 2019

Antrag

der Fraktion der CDU

Batteriezelltechnologie „Made in Rheinland-Pfalz“ – Landesunterstützung sicherstellen

Der Landtag stellt fest:

Im Verkehrsbereich sind enorme Anstrengungen hin zu einer klimaneutralen Lebensweise zu leisten. Gleichzeitig muss die Mobilität der Menschen im Land als Teil der persönlichen Freiheit sichergestellt werden. Um die notwendige Reduzierung der CO_2-Emmissionen zu erreichen, bedarf es neuer und alternativer Antriebstechnologien. Die Suche nach den besten Lösungen muss dabei technologieoffen vorangetrieben werden.

Eine – wenn auch nicht alleinige – Lösung hierfür ist die Elektromobilität (E-Mobilität). Dabei entfällt auf die in den Fahrzeugen enthaltene Batterie (Lithium-Ionen-Akkus) bis zu ein Drittel des Gesamtwertes. Hauptbestandteil der Batterien sind die sogenannten Batteriezellen, welche sodann zu Modulen verbaut werden. Im Bereich der Zellen haben asiatische Hersteller einen dominierenden Marktanteil; rund 84 Prozent des weltweiten Bedarfs werden dort produziert. Nur 3 Prozent kommen aus Europa. Folglich besteht das Risiko von technologischen Abhängigkeiten und Wertschöpfungsverlust in Deutschland. Dies wiegt umso stärker in Rheinland-Pfalz, da die Automobilindustrie zu den Leitbranchen der heimischen Wirtschaft zählt.

Die Anstrengungen der Ministerpräsidentin während ihrer China-Reise, bei einem global führenden Produzenten von Energiespeichern (CATL) für einen Standort in Rheinland-Pfalz zu werben, werden vor diesem Hintergrund begrüßt. Gleichzeitig sollte die Batteriezellenfertigung nicht den asiatischen Herstellern überlassen werden. Ziel muss sein, dass unabhängige Produktionsstandorte und Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa erhalten bleiben und weiterentwickelt werden, damit die gesamte Wertschöpfungskette abdeckt bleibt.

Rheinland-Pfalz ist als Standort für Batteriezellentechnologie bestens geeignet. Durch die Forschungslandschaft speziell an der Universität Kaiserslautern und die Nähe zu Frankreich können grenzüberschreitende Projekte auf Exzellenzniveau durchgeführt werden. Zudem kann die chemische Industrie ihr Wissen bei der Herstellung von Materialien der Batterieproduktion einbringen. Rheinland-Pfalz kann so eine entscheidende Rolle in der Wertschöpfung spielen und sollte alle nötigen Voraussetzung schaffen, sich als eigenständiger Entwicklungs- und Produktionsstandort zu etablieren.

Um einen solchen Prozess zu ermöglichen, bedarf es politischer und finanzieller Impulse der Landesregierung. Die Ansiedlung der Batteriezellentechnologie stellt eine enorme Chance für Rheinland-Pfalz dar. Die vorhandene wissenschaftliche Expertise im Bereich Elektromobilität und Hybridfahrzeuge würde ergänzt und deren Verbindungen zur Industrie gestärkt werden. Durch die damit verbundenen Investitionen kann zusätzliches wirtschaftliches Wachstum entstehen und Zuliefererbetriebe profitieren im Rahmen von neuen Aufträgen und der Erschließung alternativer Geschäftsfelder.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 18. Oktober 2019 – Vorabdruck verteilt am 17. Oktober 2019

Andere Politiker folgen bereits dieser Erkenntnis. So hat der Bundeswirtschaftsminister ein Förderprogramm zur Batteriezellentechnologie zusammen mit seinem französischen Kollegen angekündigt. Auch der bayerische Ministerpräsident spricht sich für eine eigene Fertigung aus. Die Landesregierung muss diesen Beispielen folgen.

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

- sich klar zu positionieren, Projekte im Bereich der Batteriezellentechnologie in Rheinland-Pfalz politisch zu unterstützen;
- die Bereitstellung notwendiger Komplementärfinanzierungen zu prüfen, da nur so Batteriezellentechnologie „Made in Rheinland-Pfalz“ entstehen kann;
- einen Fokus auf saubere Energie- und Recyclingsysteme zu legen, um sich ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu den asiatischen Herstellern aufzubauen;
- flankierende Maßnahmen zu planen, damit diese bei einer Ansiedlung von Batteriezellenproduktion und/oder -forschung zeitnah umgesetzt werden können (z. B. die Schaffung zusätzlicher Professuren im vorhandenen Feld Elektro- und Hybridfahrzeuge an der TU Kaiserslautern, eine Stärkung der betreffenden Gründungszentren, die Gewährleistung von Fachexpertise in den Ministerien zur Verzahnung von Wissenschaft und Industrie sowie die Vernetzung von Zulieferbetrieben bei der Umstellung auf Elektromobilität).

Für die Fraktion:
Martin Brandl